

Die Anwendung der kommunalen Baumschutzsatzung/-verordnung unter Beachtung des BNatSchG und des BbgNatSchAG

Das Seminar vermittelt an Beispielen die Rechtsgrundlagen des Zusammenwirkens kommunalen Rechts (Baumschutzsatzung/-verordnung) mit den gesetzlichen Regelungen zur Eingriffsregelung, zum Artenschutz und zum Alleenschutz. Es bietet einen Rahmen für den Erfahrungsaustausch und für die Diskussion/Klärung aktueller Fragen der Teilnehmenden.

Schwerpunkte

1. Aktuelle rechtliche Grundlagen
2. Zuständigkeiten bei Eingriffsregelung, Artenschutz und Alleenschutz
3. Beispiele aus der kommunalen Praxis
 - Allee oder Baumschutzsatzung? Wer entscheidet in Zweifelsfällen, ob ein Straßenbaum Bestandteil einer Allee ist – und nach welchen Kriterien?
 - Ängste und Sorgen von Anwohnern: Ist „Angst vor Schäden beim nächsten Sturm“ ein Grund, betroffene Bäume zu fällen? Was ist aus Gründen der Verkehrssicherheit geboten? Was fällt unter „Höhere Gewalt“? Nicht jeder Schaden ist vermeidbar – welche Risiken sind hinzunehmen?
4. Auswirkungen der klimabedingten Zunahme von Dürre, Starkregen und Sturmereignissen auf die Baumgesundheit und die Verkehrssicherung sowie aktuell mögliche Gegenmaßnahmen
5. Rechtssichere Formen des Umgangs mit Widerstand von Anwohnern gegen Entscheidungen der Behörde (Bürgerinitiativen, Widerspruch)
6. Erfahrungsaustausch, Probleme und Fragen der Teilnehmenden

Preis

167.00 € zzgl. 19% MwSt.

Referent/-in

Dipl.-Ing. Herr G. Eyermann, M. A., ist hauptamtlich mit dem Thema seit 19 Jahren befasst

Seminarteilnehmende

Liegenschaften, Grünflächenamt, Gartenbauamt, Ordnungsamt, Bauamt und sonstige für Baumschutz zuständige Ämter, Untere Naturschutzbehörde, Mitglieder der Naturschutzbeiräte sowie kommunale Abgeordnete

Ort und Datum

IHZ Internationales Handelszentrum, Friedrichstraße 95, 10117, Berlin

26-10-2020 (09:00 - 15:30 Uhr)